



Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-23820

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: Thomas.Kraemer@Stadt-koeln.de

Datum: 24.03.2021

Niederschrift

über die **01. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 14.01.2021, 15:30 Uhr bis 16:37 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze für die Gremienmitglieder und Öffentlichkeit zur Verfügung. Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Frau Cornelia Schmerbach	Auf Vorschlag von SPD
Frau Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Jennifer Glashagen	Volt

Beratende Mitglieder

Frau Nele Werrmann	Auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Herr Dr. John Akude	KLIMA FREUNDE
Herr Klaus Roth	Auf Vorschlag der Linken
Herr Benedikt Liefertz	Auf Vorschlag der FDP

Frau Sieglinde Eich-Ganske

Auf Vorschlag von Volt

Herr Jan Schlagenhaut

Auf Vorschlag von GUT

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Beate Dickas

Die PARTEI

Frau Monika Dierksmeier

Auf Vorschlag der Grünen

Frau Jutta Eggeling

Auf Vorschlag der Grünen

Herr Horst Ladenberger

Auf Vorschlag der Grünen

Frau Monika Reisinger

Auf Vorschlag der Grünen

Herr Dietmar Ciesla-Baier

Auf Vorschlag der SPD

Herr Friedrich-Wilhelm Hilgers

Auf Vorschlag der SPD

Frau Lena Teschlade

Auf Vorschlag der SPD

Herr Henk Benthem van

CDU

Herr Eric Haeming

CDU

Frau Monika Roß-Belkner

CDU

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm eröffnet die 1. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren in der neuen Wahlperiode 2020/2025 um 15:30 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Verwaltung und die Zuschauer*innen.

Für die Verwaltung anwesend: **Herr Beigeordneter Dr. Rau**, Dezernent für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen, **Frau Dr. Robinson**, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, **Herr Ludwig**, Amt für Wohnungswesen, **Frau Würker**, Geschäftsführerin Jobcenter Köln, **Herr Oster**, Amt für Integration und Vielfalt.

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm gibt einen kurzen Überblick über das bevorstehende Pensum, welches folgende Schwerpunkte enthält:

- Bekämpfung der um sich greifenden Wohnungsnot in Köln
- Aufnahme und Unterbringung von Menschen mit Fluchterfahrung
- Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen
- Unterstützung der queeren Community
- Berücksichtigung der Bedürfnisse der stetig wachsenden Bevölkerungsgruppe der Senior*innen

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm appelliert an den Ausschuss möglichst parteiübergreifend an einem Strang zu ziehen, um in dieser Wahlperiode signifikante Verbesserungen in diesen Bereichen zu erlangen.

Vor Beginn der Tagesordnung weist er auf die aktuell geltenden Regelungen zum Ablauf der Sitzung unter Corona-bedingten Einschränkungen hin und lässt über die organisatorischen TOP abstimmen:

**A. Bestellung eines Schriftführers im Ausschuss Soziales und Senioren
1726/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren bestellt für die Dauer der Wahlperiode 2020 bis 2025 Herrn Thomas Krämer zum Schriftführer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm erwähnt, dass Herr Krämer nur noch in der heutigen Sitzung den Ausschuss Soziales und Senioren begleiten werde. Die Stelle sei zwischenzeitlich neu besetzt worden. Im Namen der Kolleg*innen des Ausschusses bedankt sich Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm für die langjährige und gute vertrauensvolle Arbeit bei Herrn Krämer.

**B. Aufzeichnung der Sitzungen des Ausschuss Soziales und Senioren
1725/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt gem. § 34 Abs. 7 GO des Rates der Stadt Köln, zur Erleichterung der Erstellung der Niederschriften, die Verhandlungen

der Sitzungen auf Tonband (Datenträger) aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

C. Verpflichtung sachkundiger Bürger*innen und Einwohner*innen

Die anwesenden sachkundigen Einwohner*innen, welche bisher noch nicht verpflichtet wurden, werden vom Vorsitzenden des Ausschusses Soziales und Senioren verpflichtet, ihre Aufgabe als sachkundiger Einwohner*innen nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Herr Ausschussvorsitzende RM Bauer-Dahm übergibt das Wort an Herrn Beigeordneten Dr. Rau.

Herr Beigeordneter Dr. Rau begrüßt die Mitglieder des Gremiums.

In seiner Funktion als Gesundheitsdezernent weist er auf die besonderen Bedingungen zur Pandemiebekämpfung hin. Seit dem 12.01.2021 sei eine Verordnung des Landes u.a. zum Thema Durchführung von kommunalen Sitzungen in Kraft getreten, in der die Voraussetzungen zur Durchführung von Sitzungen beschrieben werden. Eine Sitzung sei nur durchzuführen, wenn rechtliche und tatsächliche Gründe nicht erlauben, die Inhalte auf den Februar und später zu verschieben. Verwaltungsseitig bedeutet dies, dass die Verwaltung alle Beschlussvorlagen bzgl. einer möglichen Verschiebung geprüft habe. Es wurde für alle Beschlüsse entweder eine Verschiebung für möglich gehalten oder ein Beschluss im Sinne einer Dringlichkeitserklärung. Somit habe aus Sicht der Verwaltung eine nicht wirkliche Notwendigkeit im Sinne der Verordnung bestanden. Auf diesen Tatbestand möchte er extra hinweisen.

Herr Beigeordneter Dr. Rau führt weiter aus, dass er natürlich den dringenden Bedarf des neu gewählten Ausschusses, in die Arbeit einzusteigen, sehe, auch angesichts einer zeitlich nicht absehbaren Ausnahmesituation.

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer Dahm schlägt vor, die bewährten Regelungen der letzten Sitzung wieder aufzugreifen: kurze Redebeiträge, sowie schriftliche Einreichung von mündlichen Fragen, Anmerkungen und Nachfragen an die Geschäftsführung.

Weiterhin schlägt er vor, alle Anfragen, Beantwortungen und Mitteilungen unter **TOP 1, TOP 2**, sowie alle ab **TOP 6**, bis auf **TOP 16**, hiermit *en bloc* zur Kenntnis zur nehmen.

Die **RM Paetzold, Hoyer, Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm** bitten, folgende Punkte heute zurückzustellen:

- 1.1 Corona-Pandemie: Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen
2645/2020

- 2.2.1 Inklusionsbericht 2019
2285/2020
- 2.2.2 Bericht des Behindertenbeauftragten 1-2021: Informations- und Werbekampagne zur Kölner Behindertenpolitik
3684/2020
- 3.1 Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle!
AN/1158/2020
- 3.3 Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten (Ersetzungsantrag zu AN/1090/2019)
AN/1588/2019
- 8.2 Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft in Köln - Anfrage an das Jobcenter Köln
AN/0027/2021
- 10.1 Winterhilfe und Schlafstätten für wohnungslose Menschen
AN/1521/2020
- Beantwortung der Anfrage Winterhilfe und Schlafstätten für Wohnungslose Menschen (AN/1487/2020)
0052/2021
- 11.2 Personelle Besetzung Wohngeldstelle
AN/0046/2021
- Beantwortung der Anfrage Personelle Besetzung Wohngeldstelle
0092/2021
- 12.1 Häusliche Gewalt im Corona-Herbst: Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
AN/1504/2020
- 12.2 Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust, Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG-II-Beartragungen
AN/1503/2020
- 14.9 Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust, Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG II-Beartragungen (AN/1503/2020)
0044/2021

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm weist auf einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/CDU/Volt unter TOP 4.5 und diesbezüglich auch auf einen Änderungsantrag von der Fraktion SPD hin und gibt das Wort an Frau Heuser.

Frau RM Heuser bestätigt die Dringlichkeit des Antrages, da es hier um Unterbringung von Obdachlosen in Zeiten von Corona gehe. Da die Lage sich weiter verschärfen würde, sei die Dringlichkeit damit auch begründet.

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm lässt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Einstimmig beschlossen.

Im Übrigen ergeben sich keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung; der Ausschuss beschließt diese daher wie folgt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

- 1.1 Corona-Pandemie: Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen
2645/2020

2 Integration und Vielfalt

- 2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

- 2.2 Aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

- 2.2.1 Inklusionsbericht 2019
2285/2020

- 2.2.2 Bericht des Behindertenbeauftragten 1-2021: Informations- und Werbekampagne zur Kölner Behindertenpolitik
3684/2020

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 3.1 Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle!
AN/1158/2020

- 3.2 Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten
AN/1090/2019
- 3.3 Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten (Ersetzungsantrag zu AN/1090/2019)
AN/1588/2019
- 4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Konzept für die SeniorenNetzwerke Köln
0586/2020
- 4.2 Änderung der Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
- 4.3 Verteilung der Globalmittel 2021 an die Wohlfahrtsverbände
3571/2020
- 4.4 Verteilung der Fördermittel 2021 "SeniorenNetzwerke / Offene Altenarbeit"
3151/2020
- 4.5 Dringlichkeitsantrag: Zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für obdachlose Menschen in Köln während der Corona-Pandemie
AN/0102/2021
- 4.6 Änderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag Unterbringungsmöglichkeiten für obdachlose Menschen in Köln während der Corona-Pandemie
AN/0110/2021
- 5 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 5.1 Abriss und Neubau einer Unterkunft zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Cohnenhofstraße o. Nr., 50769 Köln, Planungsbeschluss
0002/2020
- 5.2 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Baubeschluss
1898/2020
- 5.3 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
3026/2020

- 5.4 Verlängerung des Mietvertrages der freifinanzierten Objekte Münsterer Str. 23, 31 und 33 in 51063 Köln-Mülheim
3315/2020
- 5.5 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg - Bau-
beschluss
2952/2020
- 5.6 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt
Köln
3242/2020
- 5.7 Förderung von Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen in Köln in
2021
hier: Förderung der "Beratungsstelle Arbeit" und Sicherung der bestehenden
Beratungsstruktur für arbeits- und erwerbslose Personen
3244/2020

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7 Wohnen

- 7.1 Gutachten zur Ermittlung des künftigen Wohnungsbedarfes und der Woh-
nungsnachfrage in Köln bis 2040 liegt vor: Weitere Vorgehensweise
3435/2020
- 7.2 Studie zu lokalen Wohnungsmarkteffekten durch plattformbasierte Kurzzeit-
vermietung in Köln
3555/2020
- 7.3 Schaffung eines Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards im konventionel-
len Wohnungsbau durch das Amt für Wohnungswesen
1423/2020
- 7.4 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
3675/2020
- 7.5 Geschäftsbericht Wohnen in Köln 2019
Bericht "Wohnen in Köln" Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2019, Ausblick 2020
2821/2020

8 Jobcenter Köln

- 8.1 Bericht des Jobcenter Köln
3696/2020

- 8.2 Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft in Köln - Anfrage an das Jobcenter Köln
AN/0027/2021

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

- 9.1 30. Bericht zur Situation Geflüchteter
3305/2020
- 9.2 Mitteilung zum 8. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
3539/2020

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 10.1 Winterhilfe und Schlafstätten für wohnungslose Menschen
AN/1521/2020

Beantwortung der Anfrage Winterhilfe und Schlafstätten für Wohnungslose Menschen (AN/1487/2020)
0052/2021

11 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

- 11.1 Wohnungslosigkeit zielgruppenorientiert und bedarfsgerecht entgegenwirken
AN/0648/2020

Beantwortung der Anfrage Wohnungslosigkeit zielgruppenorientiert und bedarfsgerecht entgegenwirken
3672/2020

- 11.2 Personelle Besetzung Wohngeldstelle
AN/0046/2021

Beantwortung der Anfrage Personelle Besetzung Wohngeldstelle
0092/2021

12 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

- 12.1 Häusliche Gewalt im Corona-Herbst: Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
AN/1504/2020

- 12.2 Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust, Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG-II-Beantragungen
AN/1503/2020

- 12.3 Anfrage der SPD Fraktion aus der Sitzung des Integrationsrates vom 12.01.2021 Umsetzung des kommunalen Integrationsmanagements AN/0024/2021

Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion, Session Nr. 0024/2021 "Umsetzung des Kommunalen Integrationsmanagements" 0051/2021

- 12.4 Städtische Hilfe für obdachlose Menschen – akute Winterhilfe und Ausblick AN/0005/2021

Beantwortung der Anfrage "Städtische Hilfe für obdachlose Menschen – akute Winterhilfe und Ausblick" (zu AN/0005/2021) 0041/2021

13 Mündliche Anfragen

- 13.1 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion zum Sachstand des beschlossenen Antrages betreffend "Unterstützung für langzeitarbeitslose Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt" AN/0194/2020

14 Mitteilungen

- 14.1 Tätigkeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender für die Amtsperiode 2014-2020 2366/2020

- 14.2 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler hier: Aktueller Sachstand zur Projektumsetzung (Stand: Dezember 2020) 3623/2020

- 14.3 Einführung der Grundrente zum 01.01.2021 3664/2020

- 14.4 Institutionelle Förderung von KALZ e.V. und Vingster Treff (AN/1491/2020) 3666/2020

- 14.5 Sachstand zur Umsetzung des Kommunalen Programms für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArBeit) 3613/2020

- 14.6 Umbau, Modernisierung und Erweiterung Bürgerhaus MÜTZe, Köln-Mülheim Interimsbetrieb "MÜTZe plus" 2021-2023 0017/2021

- 14.7 Sprach- und Integrationsmittler*innen-Pool 2021 - Ergebnis der Ausschreibung 3716/2020

- 14.8 Zielvereinbarungen 2021 der Kölner Bürgerzentren/Bürgerhäuser
3608/2020
- 14.9 Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust,
Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG II-Beantragungen
(AN/1503/2020)
0044/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

- 15 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 16 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**
- 16.1 Mietvertragsverlängerung des als Wohnheim sowie Katastropheneinrichtung
genutzten Objektes Brühler Str. 267 – 269, 50968 Köln-Raderthal
3256/2020
- 17 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 18 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 19 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des
Rates**
- 20 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**
- 21 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen**
- 22 Mündliche Anfragen**
- 23 Mitteilungen**

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

1.1 Corona-Pandemie: Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen 2645/2020

Frau SE Schmerbach reicht für die **SPD-Fraktion** folgende Fragen ein:

Fragen:

- 1) Ist die Stadt Köln in den Dialog mit ihren Unternehmen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern getreten, um eine Verbesserung in den Gesundheits- und Sozialberufen herbeizuführen und welche Maßnahmen wurden ergriffen?
- 2) Ist das Hygienekonzept für den Straßenstrich erarbeitet und welche Hygienemaßnahmen wurden konkret ergriffen und wie ist der Umsetzungsstand der von Wohnungsnot betroffenen Sexarbeiter/innen diese finanziell zu unterstützen bzw. kurzfristig in Notwohnungen unterzubringen?
- 3) Die Kölner Frauenhäuser haben aufgrund der Pandemie einen Aufnahmestopp verhängt. Sind die Schutzausrüstung nun angeschafft worden und kann man jetzt schon eine Wirksamkeit der Kampagnen „Zu Hause nicht sicher“ nachweisen?

Die **SPD-Fraktion** reicht folgende weitere Fragen ein:

Fragen:

- 1) Auf welchen Daten beruht die Aussage der Verwaltung, dass viele Sexarbeitende mit Migrationshintergrund in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind?
- 2) Gibt es aufsuchende Hilfen für Menschen in der Prostitution?
- 3) Gibt es von Seiten der Stadt spezielle finanzielle Hilfen für Menschen in der Prostitution und falls nicht, sind solche geplant?
- 4) Welche Einflussmöglichkeiten sieht die Stadtverwaltung bei den stadtnahen Betrieben – insbesondere in Pflege- und Krankeneinrichtungen - für bessere Bezahlung, Arbeitsbedingungen zu sorgen und die Arbeitnehmer*innenrechte zu stärken.

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren verschoben.

2 Integration und Vielfalt

2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

2.2 Aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

2.2.1 Inklusionsbericht 2019 2285/2020

Die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** reicht folgende Anmerkungen und Fragen zu TOP 2.2.1 ein:

Anmerkungen:

Positiv: Schaffung eines Ausbildungsganges zur Fachpraktikerin/zum Fachpraktiker für Bürokommunikation.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen sieht noch viel Spielraum zum Nachsteuern in den nächsten Jahren aufgrund folgender Feststellungen:

- Grundsätzlich: Zu wenige Neueinstellungen behinderter Menschen, insbesondere im Ausbildungsbereich
- Ca. 90% der schwerbehinderten Beschäftigten im ehemals mittleren und gehobenen Dienst, nur 3,4% im höheren Dienst. Je höher die Laufbahngruppe, desto geringer der Anteil von Frauen mit Schwerbehinderung.
- 328 Ausbildungs-/Studienplätze angeboten und nur 10 Menschen mit Einschränkungen eingestellt. (S. 22)
- Insgesamt wurden 2019 nur 57 Menschen mit Schwerbehinderung eingestellt.

Fragen:

1. Gibt es weitere strategische Ansätze, auch für schwerer behinderte Menschen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen?
2. Wie kann der Einsatz von Drittmitteln (Inklusionsamt, Arbeitsagentur und Jobcenter, etc.) zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze für behinderte Menschen optimiert werden?

Die **SPD-Fraktion** reicht folgende Fragen zu TOP 2.2.1 ein:

Fragen:

1. Welche Maßnahmen plant die Stadtverwaltung, um mehr junge Menschen mit Behinderungen zu einer Bewerbung um einen Ausbildungsplatz zu ermuntern?
2. Sind aus Sicht der Verwaltung weitere Maßnahmen nötig und möglich, damit Menschen mit Behinderung im Auswahlverfahren ihre Eignung trotz ihrer Behinderung optimal unter Beweis stellen können und wenn ja, welche?

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren verschoben.

**2.2.2 Bericht des Behindertenbeauftragten 1-2021: Informations- und Werbekampagne zur Kölner Behindertenpolitik
3684/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

**3.1 Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle!
AN/1158/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren verschoben.

**3.2 Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten
AN/1090/2019**

Durch Ersetzungsantrag AN/1588/2019 erledigt.

**3.3 Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten (Ersetzungsantrag zu AN/1090/2019)
AN/1588/2019**

Herr RM Paetzold beantragt die Zurückstellung dieses Antrags bis die Verwaltung einen Bericht zur Situation der Prostituierten vorlegt und erinnert an die Sitzung des Ausschuss Soziales und Senioren vom 16.01.2020.

Herr RM Detjen schlägt vor, hierzu ein Fachgespräch mit agisra e.V. und dem SKF zu führen.

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschuss Soziales und Senioren geschoben.

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**4.1 Konzept für die SeniorenNetzwerke Köln
0586/2020**

Die **RM Heuser, Gärtner und Hoyer** teilen mit, dass sie den Verwaltungsvorschlag unterstützen.

Zudem möchten die **RM Heuser und Gärtner** die Netzwerke bei der Suche nach Räumlichkeiten unterstützt wissen.

Die **RM Paetzold und Detjen** erklären, dass sie den Alternativvorschlag unterstützen, da bei größeren Änderungen die Politik beteiligt werden solle.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt das vorgelegte Konzept, Stand 13.02.2020, für die SeniorenNetzwerke Köln, einschließlich der Anlagen zum Konzept.

Es wird weiterhin beschlossen, dass die Anlagen zum Konzept in der Folgezeit bei Änderungen zu aktualisieren sind, ohne dass es eines weiteren Ausschussbeschlusses bedarf. **Hierbei sind die SeniorenNetzwerke Köln und die Bezirksvertretungen mehr als bisher einzubeziehen.**

Abstimmungsergebnis:

Der Alternativvorschlag wird gegen die Stimmen von SPD und Die Linke mit den Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt.

Der Verwaltungsvorschlag wird mit der Ergänzung, dass die SeniorenNetzwerke Köln und die Bezirksvertretungen mehr als bisher einzubeziehen sind, einstimmig beschlossen.

4.2 Änderung der Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Von der Verwaltung anwesend, **Herr Oster**, Amt für Integration und Vielfalt, erklärt, dass bei Einbringen der Geschäftsordnung noch nicht feststand, dass zwei weitere Ausschüsse im Rat gebildet werden, „Digitales“ und „Gleichstellung von Mann und Frau“. Diesbezüglich solle die Geschäftsordnung noch einmal angepasst und in der kommenden Sitzung erneut eingebracht werden.

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**4.3 Verteilung der Globalmittel 2021 an die Wohlfahrtsverbände
3571/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, im Haushaltsjahr 2021 die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Köln gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Verteilung der Fördermittel 2021 "SeniorenNetzwerke / Offene Altenarbeit"
3151/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, den im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Zeile 15, Transferaufwendungen, für das Haushaltsjahr 2021 veranschlagten Teilbetrag zur Förderung der SeniorenNetzwerke

ke/Offene Altenarbeit in Höhe von 1.532.260 €, den über VN Netzwerk Servicestelle SeniorenNetzwerke eingestellten Betrag in Höhe von 38.783 € sowie 701.712 € aus dem Ansatz „strategisches Leitprojekt ‚Weiterentwicklung des Seniorenpaketes‘“, damit insgesamt 2.272.755 €, wie in Anlage 1 und 2 zu dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Dringlichkeitsantrag: Zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für obdachlose Menschen in Köln während der Corona-Pandemie AN/0102/2021

Frau RM Heuser erläutert den Dringlichkeitsantrag und begründet den Antrag wie folgt: In der aktuellen Corona Pandemie seien bei Obdachlosen die Abstandsregeln schwer einzuhalten. Sie seien demzufolge einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Hinzukomme, dass in Köln nun auch ein mutiertes Virus mit einer 1,7-fachen höheren Ansteckungsgefahr aufgetreten sei. Die Situation habe sich verschärft, so dass möglichst viele Übernachtungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen, wo die Menschen sich zurückziehen und auch den ganzen Tag verweilen können, um möglichst wenig Ansteckungsgefahren ausgesetzt zu sein.

Frau RM Glashagen bestätigt die Wichtigkeit des Antrages. Sie erläutert, dass in anderen Städten bereits Hotels angemietet wurden und betont, dass die Sorge, dass in den Hotels die Zimmer im Anschluss enorm verunreinigt seien, widerlegt wurde. Es verlaufe in den anderen Städten sehr positiv und die Zimmer weisen im Anschluss höchstens eine Verunreinigung wie bei sonst üblichen Übernachtungsgästen auf, bzw. zum Teil sogar einen noch besseren Zustand als bei einer „normalen“ Zimmervermietung.

Herr RM Paetzold weist darauf hin, dass die Stadt ohnehin dazu verpflichtet sei, die Unterbringung obdachloser Menschen im Rahmen der Existenzsicherung und nach dem Ordnungswidrigkeitsrecht sicherzustellen. Er geht davon aus, dass die Stadt ihrer Pflicht auch unter Pandemiebedingungen nachkomme.

Herr RM Detjen betont, dass dies für kurzfristige Aktivitäten der richtige Antrag sei. Es habe in den letzten Wochen verschiedene Aktivitäten der Zivilgesellschaft gegeben, die sich bemüht hätten, die Situation der Obdachlosen zu verbessern und zu unterstützen. In dem Antrag fehle ein weiterer Punkt, der laute: Die Verwaltung wird gebeten, die sanitären Anlagen für Obdach- und Wohnungslose im öffentlichen Raum (z.B. Wiener Platz) zu erweitern.

Frau RM Hoyer fragt nach der Finanzierung dieser Punkte. Zudem weist sie darauf hin, dass die 24-Stunden Verweilmöglichkeit in Einzelunterbringung weit darüber hinausgehe, was z.Zt. eine Selbstverständlichkeit bei der Unterbringung für wohnungslosen Menschen sei. Dieses sei gerade in der jetzigen Situation von Corona wichtig.

Frau RM Heuser hebt hervor, dass die Corona Pandemie eine Ausnahmesituation sei und die Kosten noch nicht überblickt werden können. Dies müsse auf Landesebene erfolgen. Die vulnerablen Gruppen seien zu schützen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bedarfsgemäß kurzfristig die Anmietung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten mit Tagesangebot (z.B. Jugendherbergen, Hostels, Hotels) , sowie die Nutzung der Unterbringungsreserven für Geflüchtete bzw. die Nutzung vorhandener Kapazitäten in Sozialhäusern (z.B. Geisbergstr.) zwecks Unterbringung von obdachlosen Menschen in Köln, in die Wege zu leiten.
2. Die zusätzlichen Kapazitäten dienen sowohl der weiteren Entzerrung, weg von Mehrbettzimmern, hin zu Einzelzimmern mit 24-Stunden-Verweilmöglichkeit, als auch der Unterbringung weiterer obdachloser Menschen während der Corona-Pandemie.
3. Die Anmietung, Belegung soll zunächst bis Ende März 2021 erfolgen und ist der aktuellen Lage laufend anzupassen und ggf. zu verlängern.

Protokollnotiz auf Anregung der Fraktion Die Linke:

Die Verwaltung wird gebeten, die sanitären Anlagen für Obdach- und Wohnungslose im öffentlichen Raum (z.B. Wiener Platz) zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

Der Dringlichkeit des Antrags wird einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag wird, mit der Ergänzung der Protokollnotiz der Fraktion Die Linke, einstimmig zugestimmt.

4.6 Änderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag Unterbringungsmöglichkeiten für obdachlose Menschen in Köln während der Corona-Pandemie AN/0110/2021

Frau RM Heuser weist beim Änderungsantrag der SPD-Fraktion darauf hin, dass eine Bedarfsermittlung zum Punkt 1, in dem es um eine abschließende Bedarfsanalyse der Entwicklung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit für das Jahr 2021 gehen soll, zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht möglich sei, da die Entwicklung erst Ende des Jahres abgeschlossen sei. Dieser Punkt sei somit abzulehnen.

Zum Punkt 2, erläutert Frau RM Heuser, dass das Housing-First-Programm ausschließlich für obdachlose Menschen gedacht sei. Menschen, die in Sozialhäusern wohnen, gelten nicht als obdachlos.

Zum Punkt 3, zeigt Frau RM Heuser auf, dass dieser Weg bereits von der Verwaltung gegangen werde, so dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion von Bündnis90/Die Grünen abgelehnt werde.

Herr RM Paetzold erläutert den Änderungsantrag wie folgt: Mit dem Änderungsantrag möchte die SPD-Fraktion gerne aus dem Status „Leben von der Hand in den Mund“ herauskommen. Die Situation werde sich im Jahr noch entwickeln, hier werde jedoch die Aufstellung eines Jahresplanes gefordert und dass diese Planung in der nächsten Sitzung vorgestellt werde.

Zum Thema „Housing-First“ erläutert Herr RM Paetzold, dass in Sozialhäusern Housing-First-Wohnungen eingerichtet werden sollten. Dies sei für die Stadt Köln eine Möglichkeit auf eigenen Wohnraum zurückgreifen. Mittelfristig solle die Lösung ange-

strebt werden, dass obdach- und wohnungslose Menschen mit echten Wohnungen versorgt werden und nicht mit Notlösungen.

Herr RM Detjen weist auf den letzten Hauptausschuss hin, in dem eine Bedarfsplanung der Verwaltung für Flüchtlinge und Obdachlose beschlossen wurde. Diese Vorlage sei nicht durch den Sozialausschuss gegangen. Er schlägt vor, diese beschlossene Vorlage als Mitteilung in die nächste Sitzung des Ausschuss für Soziales und Senioren zu geben, so dass an dieser Stelle noch einmal diskutiert werden könnte. Auch die Bedarfe der obdachlosen Menschen (einschließlich der obdachlosen Menschen in Notunterkünften) in der Versorgung des Sozialamtes seien ergänzend mit in den Blick zu nehmen.

Frau RM Gärtner erinnert daran, dass Bündnis 90/Die Grünen und die CDU-Fraktion in der vergangenen Wahlperiode einen Antrag eingebracht hätten, die Zahl der Wohnungslosen, die in Köln leben, festzustellen. Dies solle die Grundlage für eine Bedarfsplanung sein, somit schließe Frau RM Gärtner sich der Meinung von Frau RM Heuser an, dass dieser Punkt im SPD Antrag obsolet sei.

Housing-First sei von Bündnis 90/Die Grünen, gemeinsam mit der CDU-Fraktion initiiert worden. Hier solle keine Konkurrenzsituation zu den Bewohnern der Sozialhäuser aufgebaut werden, da hier die Wohnungen auch nicht zahlreich vorhanden seien. Es sei als zusätzliches Angebot zu verstehen.

Frau RM Hoyer erläutert, dass Housing-First ein allgemeiner Ansatz sei und nicht nur auf Sozialhäuser ausgerichtet sei.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen von SPD, bei Enthaltung von Die Linke von den übrigen Mitgliedern mehrheitlich abgelehnt.

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

5.1 Abriss und Neubau einer Unterkunft zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Cohnenhofstraße o. Nr., 50769 Köln, Planungsbeschluss 0002/2020

Von der Verwaltung anwesend, **Herr Ludwig**, Amt für Wohnungswesen.

Frau RM Gärtner bittet im Namen der CDU darum, die Vorlage nicht heute im Ausschuss zu beschließen, sondern in die nachfolgenden Gremien zu schieben. Vorab solle noch die Stellungnahme der Bezirksvertretung gehört werden, die am 28.01.2021 tagen werde, noch vor der Ratssitzung, so dass die Vorlage damit nicht aufgehalten werde.

Frau RM Schmerbach fragt nach der Barrierefreiheit der Wohnung. Diesen Punkt vermisse sie in der Planung.

Herr Ludwig weist darauf hin, dass es sich um einen Planungsbeschluss handle, was bedeute, dass die Verwaltung damit beauftragt werde, zu planen. Bei der Planung werde das Thema Barrierefreiheit mit berücksichtigt.

Frau RM Werrmann fragt nach dem beschriebenen Ausschlusskriterium, in dem in diesem Projekt mit 1-Raum-Wohnungen, Menschen mit intensivem medizinischem und/oder psychiatrischem Hilfsbedarf und Menschen mit ausgeprägter Drogenproblematik bei der Unterbringung im geplanten Objekt ausgeschlossen werden. Diese Menschen würden ihrer Meinung nach in die beschriebene Zielgruppe gehören, die in dem Projekt angesprochen werden sollen, wie die sozial und insbesondere in der Wohnungsfähigkeit beeinträchtigen Menschen. An welche Menschen sei stattdessen gedacht worden?

Herr Ludwig erläutert, dass hier insbesondere an Menschen mit einer langen Vita an Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit sowie mit einer überschaubaren Drogenproblematik, insbesondere Alkoholsucht, mit Rückzugstendenzen, mit Vereinsamung, bzw. auch Vermüllung gedacht wurde. Die Stadtgesellschaft und auch die sozialarbeiterische Kraft vor Ort wären in der Größenordnung 15-20 und in dieser Lage überfordert. Von daher sei dies ein niederschwelliges Angebot für eine Personengruppe, die an diesem Standort unterbringbar sei, sich einer gewissen Integration in die dörfliche Umgebung nicht verschließe und somit nicht zum Problem vor Ort werde. Für die Personen, die ausgeschlossen werden, müssten andere Konzepte entwickelt werden und diese an anderer Stelle mit einer höheren Betreuung untergebracht werden.

Herr RM Roth möchte sich ausdrücklich für diese Vorlage aussprechen, da in Köln viele tausend Menschen existierten, die nicht in eigenen Wohnungen lebten. Dafür müsse die Stadt etwas tun, es müssten Wohnungen geschaffen werden und das könne nur geschehen, wenn auf das ganze Stadtgebiet geblickt wird. Es sei nicht möglich, alle Wohnungslosen in der Innenstadt, Ehrenfeld oder Nippes unterzubringen, sondern es müssten überall Möglichkeiten geschaffen werden. Das Ziel sei es, alle Menschen mit einer Wohnung zu versorgen.

Frau RM Glashagen hebt hervor, dass ein Abriss und Neubau immer Auswirkungen auf den Klimaschutz habe und bittet dies zu berücksichtigen. Sie fragt zudem, ob auch an die sanitären Anlagen für den Raum der Begegnungen gedacht wurde.

Herr Ludwig bestätigt, dass Klimaschutz eine Rolle spielen werde. Dazu werde im Baubeschluss ausführlich Stellung genommen und vorgetragen. Es werde einen Raum zur Begegnung geben. Die Einzelapartments seien alle mit Sanitäreinrichtungen ausgestattet. Das Thema, eine sanitäre Anlage einzuplanen, werde mitgenommen, jedoch könne hier keine Zusage erfolgen. In unmittelbarer Nähe habe jeder sein separates und eigenes WC, von daher sei es denkbar, dass die Planung keine zusätzliche Sanitäreinrichtung für diesen Raum vorsehe.

Herr RM Paetzold erklärt für die SPD, dass diese heute gerne der Vorlage zugestimmt hätten. Wichtig sei ein Beschluss zur nächsten Ratssitzung am 04.02.2021.

Herr Ludwig führt aus, dass die BV Chorweiler am 03.12.2020 getagt habe und diesen Tagesordnungspunkt dort behandelt habe. Es sei das Abhalten eines interfraktionellen Gesprächs unter Einbeziehung des Leiters für das Wohnungswesen beschlossen worden. Dieses Gespräch habe Anfang der Woche stattgefunden. Die Fragen seien beantwortet worden und so solle einer abschließenden Entscheidung in der BV 6 nichts mehr im Wege stehen.

Frau RM Gärtner merkt an, dass es üblich sei den TOP zu schieben, wenn eine Fraktion Beratungsbedarf geltend mache. Sie betont, dass das Projekt nicht verzögert werden solle und dies auch nicht geschehe, wenn es in die nächste Beratungsfolge

gehe, da dieselbe Ratssitzung erreicht werde. Nach der Stellungnahme der BV werde von Bündnis 90/Die Grünen eine Entscheidung getroffen.

Herr Detjen weist darauf hin, dass die Vorlage vom 18.05.2020 sei und der Ausschuss Soziales und Senioren diesen am 20.08.2020 behandelt habe. Dort sei die Vorlage geschoben worden. Herr Ludwig habe dargestellt, dass die BV Chorweiler sich mit dem Thema beschäftigt und ein Fachgespräch stattgefunden habe. Er zeigt Unverständnis dafür, dass die Vorlage nun ohne Votum geschoben werden solle.

Frau RM Gärtner erklärt, dass bei Bündnis 90/Die Grünen bekannt sei, dass das Fachgespräch geführt wurde. Dieses Fachgespräch habe aber erst jetzt stattgefunden und konnte somit noch nicht von der BV ausgewertet werden.

Die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** reicht folgende Frage ein:

Frage:

1. Kann auch Wohnraum nach DIN 18040-R entstehen? z.B. durch Zusammenlegen von zwei Apartments.

Die Beantwortung der Frage ist als Anlage der Vorlage 0002/2020 beigefügt, diese kann im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

Abstimmungsergebnis:

Auf Antrag der Fraktion der CDU, bei Enthaltung von VOLT, gegen die Stimmen von Die Linke, wird mehrheitlich beschlossen die Vorlage, ohne Votum in der Sache, in die nachfolgenden Gremien zu schieben.

5.2 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Baubeschluss 1898/2020

Herr RM Roth begrüßt diesen Antrag und fordert für die Zeit, bis dieses Projekt fertiggestellt sei, eine Zwischenlösung. Er führt aus, dass am Montag der Schulbetrieb wieder begonnen habe, leider ohne Präsenzunterricht, auch in der Grundschule. In den Flüchtlingsunterkünften in Köln lebten jede Menge Kinder, deren Eltern sie bei der Bewältigung der Schulaufgaben nicht unterstützen können.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm weist darauf hin, dass dieser Einwand nicht Thema von TOP 5.2 sei.

Herr RM Paetzold stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, dass der Ausschuss sich auf die Vorlage bezieht.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig beschlossen.

Zurück zur Vorlage weist **Herr RM Paetzold** darauf hin, dass im Beschluss noch der Baubeginn mit Anfang Januar beziffert sei. Da die Ratssitzung allerdings erst im Februar tage, sei dieses Datum nicht mehr einzuhalten.

Herr Ludwig gesteht, dass diese Vorlage ursprünglich im September 2020 die Politik erreichen sollte. Der Text sei an diesem Punkt leider nicht geändert worden.

Frau RM Hoyer merkt an, dass 10 Wohneinheiten für Geflüchtete geplant seien. Integration bedeute für Frau RM Hoyer auch, dass die Stadt Köln nicht nur Einrichtungen für Geflüchtete stelle. Sie möchte hier mitgeben, dass Integration bereits in den Häusern beginne.

Frau RM Wermann merkt an, dass das Gebäude ein Neubau sei und, wenn alles wie geplant laufe, 2023 bezugsfertig sei. Hier laute die Frage, woher die Verwaltung jetzt schon wisse, dass die Geflüchteten, die dort untergebracht werden sollen, zu diesem Zeitpunkt immer noch Transferleistungen der Stadt Köln beziehen, in Bezug auf die Einnahmen.

Herr Ludwig erwidert, dass die getätigte Aussage die bisherigen Erfahrungen widerspiegeln. Die Nutzungsgebühren in den Flüchtlingsunterkünften existierten seit vielen Jahren und es sei festgestellt worden, dass ein Großteil dieser Nutzungsgebühren über Transferleistungen, sowohl aus dem SGB II als auch dem SGB XII, refinanziert werden. Von daher sei es wichtig, dieses mit aufzuführen und zu dokumentieren, dass die Stadt einen Teil der Einnahmen selber aus ihrem Haushalt beisteuern werde.

Die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** reicht folgende Fragen ein:

Fragen:

1. Besteht die Möglichkeit u.a. aufgrund der räumlichen Nähe zur Förderschule Belvedere für körperliche und motorische Entwicklung eine zweite rollstuhlgerechte Wohnung einzurichten?
2. Nutzung der umgebenden Sportanlagen durch die Bewohner*innen?

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau einer Flüchtlingsunterkunft auf dem städtischen Grundstück **Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden**, Gemarkung Lövenich, Flur 19, Flurstück 1337 mit Gesamtbaukosten in Höhe von rund 3.619.000 € und Kosten für die Erstausrüstung in Höhe von rund 22.000 €.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, nach der Umschichtung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-WH bei der Finanzstelle 5620-1004-3-5202 – Neubau Potsdamer Str. 1 b, freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
3026/2020**

Beschluss:

I. Der Rat beschließt, die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) mit folgenden neun Organisationen und Selbsthilfegruppen als stimmberechtigte Mitglieder zu besetzen:

1. anyway e.V.
2. Aidshilfe Köln e.V.
3. rubicon e.V.
4. KLuST e.V. (Kölner Lesben- und Schwulentag e.V.)
5. SCHLAU Köln e.V.
6. TXKöln (Selbsthilfeverein für transgeschlechtliche Menschen)
7. SC Janus e.V.
8. Wirtschaftsweiber e.V. (Regionalgruppe NRW)
9. Völklinger Kreis e.V. (Regionalgruppe Köln)

Die genannten Organisationen und Selbsthilfegruppen entsenden je eine Person als stimmberechtigtes Mitglied gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 der Geschäftsordnung der StadtAG LST.

II. Weiterhin beschließt der Rat, die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) mit folgenden sechs Organisationen und Selbsthilfegruppen als stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder zu besetzen:

1. Rainbow Refugees Cologne-Support Group e.V. für SCHLAU Köln e.V.
2. LSVd NRW e.V. für SC Janus e.V.
3. Wirtegemeinschaft Schaafenstraße e.V. für Völklinger Kreis e.V.
4. Rheinfetisch e.V. für KLuST e.V.
5. IG Dyke* March Cologne e.V. für Wirtschaftsweiber e.V.
6. St. Sebastianus & Afra Schützenbruderschaft e.V. für TXKöln

Auch diese Organisationen und Selbsthilfegruppen entsenden je eine Person als Vertreterin oder Vertreter gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 der Geschäftsordnung der StadtAG LST.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.4 Verlängerung des Mietvertrages der freifinanzierten Objekte Münsterer Str. 23, 31 und 33 in 51063 Köln-Mülheim 3315/2020

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf fest, das Mietverhältnis mit der Eigentümergemeinschaft der Objekte Münsterer Str. 23, 31 und 33 in 51063 Köln-Mülheim weitere 15 Jahre ab 2022 fortzusetzen und beschließt, den Mietvertrag entsprechend zu verlängern. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Nachtrag zum bestehenden Mietvertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.5 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg - Baubeschluss
2952/2020**

Frau RM Gärtner bittet darum, die Vorlage in die nachfolgenden Gremien ohne Votum zu schieben. Hier gehe es Bündnis 90/Die Grünen nicht nur um die Anhörung der BV, sondern es gebe Aspekte, die im Bauausschuss diskutiert werden sollten. Im Rat möchte Bündnis 90/Die Grünen über die Vorlage dann beschließen.

Frau RM Wermann weist darauf hin, dass der Neubau u.a. damit begründet sei, dass es Kostenvorteile für die Stadt mit sich bringen werde, da durch den neu geschaffenen Mietwohnraum Menschen aus den städtischen Unterbringungseinrichtungen in den Neubau umziehen könnten. Sie fragt nach, was mit den städtischen Unterbringungen nach dem Umzug passieren solle. Werden diese danach nicht mehr belegt oder werden diese abgerissen?

Herr Ludwig erklärt, dass die städtischen Unterbringungseinrichtungen weiter benötigt werden. Diese werden dann anderen Menschen, die Bedarf zur Unterbringung in der Stadt haben, zur Verfügung gestellt. Der Kostenvorteil hebe sich aber nur zum Teil auf, denn wenn diese Unterkunft nicht gebaut werde, werden weitere Ressourcen der ordnungsbehördlichen Unterbringen benötigt, die sich kostenmäßig ungünstiger gestalten als der geförderte Wohnungsbau. Der geförderte Wohnungsbau habe den wirtschaftlichen Vorteil, dass Fördergelder des Landes, die ausgeschüttet werden um den geförderten Wohnungsbau attraktiv zu machen, mit mindestens einem 25 prozentigem und in diesem Fall einem 30 prozentigem Tilgungsnachlass versehen seien. Man erhält ein 100prozentiges Darlehen, muss aber nur 70% zurückzahlen. Diesen wirtschaftlichen Vorteil möchte die Verwaltung gerne mitnehmen.

Herr RM Paetzold erklärt im Namen der SPD, dass seine Fraktion gerne heute zugestimmt hätte. Er kann die Bedenken nachvollziehen, spricht aber sein Bedauern aus, dass der Ausschuss für Soziales und Senioren diesen Beschluss ohne Votum schieben möchte.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen von Die Linke mit der Mehrheit der übrigen Parteien ohne Votum zur Beschlussvorlage in die nachfolgenden Gremien geschoben.

**5.6 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln
3242/2020**

Frau RM Wermann bemerkt, dass in diesem Beschluss das Gendering durchgehend erfolgt sei und fragt nach, warum dieser Ausschuss nicht Ausschuss für Soziales und Senior*innen genannt werde.

Herr Beigeordnetet Dr. Rau nimmt diese Frage gerne mit, um dann einen Vorschlag unterbreiten zu können.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die als Anlagen 1 und 2 vorgelegte Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.7 Förderung von Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen in Köln in 2021

**hier: Förderung der "Beratungsstelle Arbeit" und Sicherung der bestehenden Beratungsstruktur für arbeits- und erwerbslose Personen
3244/2020**

Herr RM Detjen erklärt, dass die SPD-Fraktion und Die Linke die Beschlussvorlage 3244/2020 der Verwaltung zur Förderung von Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen für das Jahr 2021 begrüße.

Die genannten Fraktionen bitten weiterhin das Dezernat V vor der Aufstellung des Haushaltsentwurfes für 2022 die aktuellen Bedarfe aller Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen (z.B. Frauen gegen Erwerbslosigkeit) festzustellen und zu berücksichtigen.

Frau RM Heuser bedankt sich bei der Verwaltung, dass dieser Auftrag so gut umgesetzt wurde. Es sei ein großes Anliegen gewesen, dass diese Beratungsstrukturen erhalten bleiben. Dies sei nun 2021 erstmal gesichert. Für die Zukunft müsse dann mit den Trägern gemeinsam überlegt werden, wie es weitergehe.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die vom Land Nordrhein-Westfalen geförderte „Beratungsstelle Arbeit“ wird in der Zeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2022 mit jährlich maximal 32.740 Euro kommunal bezuschusst. Voraussetzung ist ein rechtskräftiger Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Köln über die Förderung der Einrichtung mit Mitteln des Landes und der EU.
Im Haushaltsplan 2020/2021 stehen die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2021 im Teilplan 0504 -Freiwillige Sozialleistungen und Diversity- in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen - unter der Zuschussbezeichnung „Z Kommunale Förderung der Arbeitslosenzentren“ zur Verfügung.
2. Die verbleibende Beratungsstruktur in Form von Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen wird mit den im Haushaltsplan 2020/2021 für das Haushaltsjahr 2021 in Teilplan 0504 -Freiwillige Sozialleistungen und Diversity- in der Teilplanzeile 15 -Transferaufwendungen - unter der Zuschussbezeichnung „Z Kommunale Förderung der Arbeitslosenzentren“ verbleibenden Fördermitteln in Höhe von 91.060 Euro erhalten.
3. Aufgrund des Wegfalls der Landesförderung für mehr als eine Erwerbslosenberatungsstelle und mehr als ein Arbeitslosenzentrum werden die ab dem 01.01.2021 erforderlichen Mittel in Höhe von 159.350 Euro zur Erhaltung der Beratungsstruktur überplanmäßig im Teilplan 0504 -Freiwillige Sozialleistungen und Diversity- bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus-, Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen-.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den im Netzwerk vertretenen Trägern in 2021 die Beratungsstruktur sowie die Betreuung des Beratungsnetzwerkes ab 2022 unter den geänderten Rahmenbedingungen der Landesfinanzierung fortzuentwickeln
5. Der bisherige Beschluss des Rates vom 10.02.2009 zur kommunalen Förderung der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen (DS 5728/2008) wird durch diesen Beschluss ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Protokollnotiz:

Die Fraktionen von SPD und Die Linke begrüßen die Beschlussvorlage 3244/2020 der Verwaltung zur Förderung von Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen für das Jahr 2021.

Die genannten Fraktionen bitten weiterhin das Dezernat V vor der Aufstellung des Haushaltsentwurfes für 2022 die aktuellen Bedarfe aller Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen (z.B. Frauen gegen Erwerbslose) festzustellen und zu berücksichtigen.

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7 Wohnen

7.1 Gutachten zur Ermittlung des künftigen Wohnungsbedarfes und der Wohnungsnachfrage in Köln bis 2040 liegt vor: Weitere Vorgehensweise 3435/2020

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

7.2 Studie zu lokalen Wohnungsmarkteffekten durch plattformbasierte Kurzzeitvermietung in Köln 3555/2020

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

7.3 Schaffung eines Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards im konventionellen Wohnungsbau durch das Amt für Wohnungswesen 1423/2020

Die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** reicht folgende Anmerkungen und Fragen zur Vorlage ein:

Anmerkung:

- Aufgrund der Wichtigkeit und Grundsätzlichkeit der neuen Standards sollte die Vorlage in die Beratung durch die Ausschüsse genommen werden (auch in die Stadt-AG Behindertenpolitik + Wohnausschuss) - nicht nur als Mitteilung.
- Konzepterweiterung auf eine 3. Standardvariante für innovative Wohnformen (BeWo-Wohngruppen, Pflegewohngruppen, ...). Ggf. mit Ausprägungen für bestimmte Benutzergruppen nach körperlichen, psychischen und geistigen Bedarfen (Ambient Assisted Living, intensivere Lärmdämmung, Schlagfestigkeit und Bruchsicherheit, Gemeinschaftsküchen, Pflegebäder, E-Rolli-Parkplätze, spezielle Farbschema, Fallschutz statt Sand und spezielles Spielgerät, ggf. Parkplätze für bedarfsgerecht umgebaute Fahrzeuge)
- Positiv: Anbindung an DIN 18040

Fragen:

1. Wie ist z.B. Erreichbarkeit von Abstellräumen gewährleistet, wenn kein Aufzug eingebaut wird? Oder befinden die sich in den Wohnungen?
2. Sind BeWo- oder WG-Konzepte integrierbar?
3. Sind (zukunfts feste) Ausstattungen für Sinnesbehinderte einbezogen?
4. Müsste nicht intensive Dachbegrünungen und Fassadenbegrünungen mit bedacht werden (jetzt S. 7 extensiv)?

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**7.4 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
3675/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**7.5 Geschäftsbericht Wohnen in Köln 2019
Bericht "Wohnen in Köln" Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2019, Ausblick
2020
2821/2020**

Die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** hat folgende Frage eingereicht:

Frage:

1. Wie viele Wohnungen fallen 2021 aus der Bindung?

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

8 Jobcenter Köln

**8.1 Bericht des Jobcenter Köln
3696/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**8.2 Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft in Köln - Anfrage an das Jobcenter Köln
AN/0027/2021**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

**9.1 30. Bericht zur Situation Geflüchteter
3305/2020**

Die **SPD-Fraktion** reicht folgende Frage schriftlich ein:

Frage:

Gibt es einen neuen Sachstand zur kommunalen Aufnahme im Rahmen des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“?

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**9.2 Mitteilung zum 8. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
3539/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

**10.1 Winterhilfe und Schlafstätten für wohnungslose Menschen
AN/1521/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren.

**Beantwortung der Anfrage Winterhilfe und Schlafstätten für Wohnungslose Menschen (AN/1487/2020)
0052/2021**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren.

11 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

**11.1 Wohnungslosigkeit zielgruppenorientiert und bedarfsgerecht entgegenwirken
AN/0648/2020**

**Beantwortung der Anfrage Wohnungslosigkeit zielgruppenorientiert und bedarfsgerecht entgegenwirken
3672/2020**

Die **SPD-Fraktion** hat folgende schriftliche Fragen eingereicht:

Fragen

- 1) Zu Housing-First: Wie kann ein Projekt, das am 28.05.2020 beschlossen wurde, zu dem Zeitpunkt aber sicher noch nicht begonnen hat, bei einer Laufzeit von 3 Jahren bereits 2022 enden?
- 2) Wie viele Menschen sind aktuell in Hotels und Jugendbeherbergen untergebracht, und welche nachhaltige Strategie verfolgt die Stadt, um zukünftig weniger Menschen in Hotels oder Jugendherbergen unterzubringen?
- 3) Wie viele Ersuchen auf Unterbringung von obdach- und wohnungslosen Menschen wurden bei der Bedarfsplanung berücksichtigt, und was passiert mit den nicht gedeckten Bedarfen (Ersuchen)?

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**11.2 Personelle Besetzung Wohngeldstelle
AN/0046/2021**

**Beantwortung der Anfrage Personelle Besetzung Wohngeldstelle
0092/2021**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Beantwortung in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren geschoben.

12 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

12.1 Häusliche Gewalt im Corona-Herbst: Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention AN/1504/2020

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Beantwortung in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren geschoben.

12.2 Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust, Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG-II-Beantragungen AN/1503/2020

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Beantwortung in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren geschoben.

12.3 Anfrage der SPD Fraktion aus der Sitzung des Integrationsrates vom 12.01.2021 Umsetzung des kommunalen Integrationsmanagements AN/0024/2021

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion, Session Nr. 0024/2021
"Umsetzung des Kommunalen Integrationsmanagements"
0051/2021**

Im Rahmen der Beschlussfassung über Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

12.4 Städtische Hilfe für obdachlose Menschen – akute Winterhilfe und Ausblick AN/0005/2021

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**Beantwortung der Anfrage "Städtische Hilfe für obdachlose Menschen – akute Winterhilfe und Ausblick" (zu AN/0005/2021)
0041/2021**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

13 Mündliche Anfragen

13.1 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion zum Sachstand des beschlossenen Antrages betreffend "Unterstützung für langzeitarbeitslose Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt" AN/0194/2020

Der Antrag der SPD aus der Sitzung vom 05.03.2020 unter TOP 2.1:

"Unterstützung für langzeitarbeitslose Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt"

Sitzung: 05.03.2020 SOZ/0044/2020

Beschluss: geändert beschlossen

Vorlage: AN/0194/2020

wurde am 5.3.2020 beschlossen.

Die **SPD-Fraktion** hat folgende mündliche Fragen eingereicht:

Fragen:

1. Wann ist mit einem Sachstand zu rechnen?
https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?_ktonr=293313
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit die arbeitsmarktpolitischen Unterstützungsmöglichkeiten des § 16i SGB II und des § 16e SGB II bei der Stadt Köln als Arbeitgeberin in Zusammenarbeit mit den örtlichen zuständigen Stellen (Jobcenter) insbesondere auch für langzeitarbeitslose Menschen mit Behinderung genutzt werden können.
3. Gibt es Hindernisse, die einer Beschäftigung von Menschen mit Behinderung nach § 16i und § 16e SGB II entgegenstehen und wenn ja: Welche Möglichkeiten gibt es, dass diese Menschen dennoch von den Unterstützungsmöglichkeiten profitieren können?
4. Aus unserer Sicht werden die Möglichkeiten der § 16i und § 16e SGB II für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen insbesondere von Menschen mit Behinderung von der Stadt, den stadtnahen Gesellschaften und städtischen Unternehmen noch nicht ausreichend genutzt.
5. Die Verwaltung wird deshalb aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass mehr Beschäftigung nach § 16i und § 16e SGB II bei der Stadt, den stadtnahen Gesellschaften und städtischen Unternehmen geschaffen werden, insbesondere für Menschen mit Behinderung.
6. Die Bildungsangebote der VHS sollten inklusiv angeboten werden, damit Menschen mit Einschränkungen (wie z.B. Seh- und Höreinschränkungen u.a.) die Möglichkeit haben, daran teilzunehmen. Die Verwaltung wird aufgefordert, auch dafür Sorge zu tragen.

14 Mitteilungen

**14.1 Tätigkeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender für die Amtsperiode 2014-2020
2366/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**14.2 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler hier: Aktueller Sachstand zur Projektumsetzung (Stand: Dezember 2020)
3623/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**14.3 Einführung der Grundrente zum 01.01.2021
3664/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**14.4 Institutionelle Förderung von KALZ e.V. und Vingster Treff (AN/1491/2020)
3666/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**14.5 Sachstand zur Umsetzung des Kommunalen Programms für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArBeit)
3613/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**14.6 Umbau, Modernisierung und Erweiterung Bürgerhaus MüTZe, Köln-Mülheim
Interimsbetrieb "MüTZe plus" 2021-2023
0017/2021**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**14.7 Sprach- und Integrationsmittler*innen-Pool 2021 - Ergebnis der Ausschreibung
3716/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**14.8 Zielvereinbarungen 2021 der Kölner Bürgerzentren/Bürgerhäuser
3608/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**14.9 Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust,
Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG II-Beantragungen
(AN/1503/2020)
0044/2021**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren.